

Freie Demokraten

Landesverband
Thüringen **FDP**

Antragsbuch

**31. ordentlicher Landesparteitag
der FDP Thüringen**

18. März 2017

Schmalkalden

Nr.	Antragsteller	Antragsinhalt
Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst		
1	LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst; Dr. Thomas Nitzsche, Jürgen Ehrlich, Jürgen Meyer, Reinhard Kitzig, Patrick Frisch, Jan Siegemund, Philip Riegel, William Schlosser, Holger Joseph	Einführung eines Vorschuljahres in den Kindertagesstätten
2	LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst; Dr. Thomas Nitzsche	Einführung einer Allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke (ABWS)
3	LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst; Reinhard Kitzig, Holger Joseph	Personelle Eigenverantwortung für die Berufsbildenden Schulen!
4	LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst; Reinhard Kitzig, Holger Joseph	Die Berufsbildenden Schulen auf die digitale Zukunft vorbereiten!
5	LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst; Reinhard Kitzig	Freiheit und Eigenverantwortung für die Thüringer Schulen statt dirigistischer Gängelei
Innen, Justiz, Bund, Europa		
6	KV Jena - Saale-Holzland	Regionalkreis in der Thüringer Kommunalordnung verankern –
7	Thomas L. Kemmerich, Tim Wagner, Robert-Martin Montag	Tourismusabgabe - Kommunen nicht zu weiteren Abgaben zwingen
8	Jungen Liberalen (JuLis) Thüringen e.V.	Trauen wir Jugendlichen endlich mehr Verantwortung zu – Wählen ab 16 Jahren ermöglichen!
Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur		
9	Thomas L. Kemmerich, Tim Wagner, Robert-Martin Montag	Neuregelung der Entscheidungen über die Vergütung von Vorständen
10	Thomas L. Kemmerich, Tim Wagner, Robert-Martin Montag	Gleichbehandlung von Eigenkapital bei der Finanzierung von Forschung und Entwicklung
11	Gerald Ullrich, Thomas L. Kemmerich, Tim Wagner	Südthüringen besser an das Fernverkehrsnetz anbinden
12	Gerald Ullrich, Thomas L. Kemmerich, Tim Wagner	Sicherung des Rennsteig-Shuttles als wichtiger Baustein der Tourismusentwicklung
Gesundheit, Familie, Gleichstellung, Soziales		
13	LFA IX „Gleichstellung und Vielfalt“, Jan Siegemund, Jutta Czifrik, Stefanie Hantke, Jürgen Meyer	Freidemokratische Grundsätze zur Gleichstellung von Menschen .mit verschiedenen sexuellen Identitäten

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 01

Antragsinhalt: Einführung eines Vorschuljahres in den Kindertagesstätten

Antragsteller: **LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst;
Dr. Thomas Nietzsche, Jürgen Ehrlich, Jürgen Meyer, Reinhard Kitzig,
Patrick Frisch, Jan Siegemund, Philip Riegel, William Schlosser,
Holger Joseph**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Freien Demokraten Thüringen fordern den Thüringer Landtag auf, die für eine Umwand-
2 lung des letzten Kita-Jahres zu einem verpflichtenden Vorschuljahr erforderlichen Grundla-
3 gen im Thüringer Schulgesetz, im Thüringer Kindertagesstättengesetz, sowie im Thüringer
4 Bildungsplan zu verankern. Das Vorschuljahr soll für die Eltern kostenfrei sein, damit früh-
5 kindliche Integration, die Vorbereitung auf das spätere Schulleben, sowie gleiche Bildungs-
6 chancen am Start der Grundschulzeit umfassend ermöglicht werden.

7

8 Begründung:

9

10 Von allen Varianten eines beitragsfreien Kita-Jahres ist das letzte Kita-Jahr (von der FDP Thü-
11 ringen seit Jahren in ihrer Programmatik festgestellt, kommuniziert und gefordert) nachge-
12 rechneter Weise die kostengünstigste Variante. Diesen Effekt nehmen wir gerne mit.

13 Für die Entwicklung unserer Kinder (auch bezüglich sozialer Kompetenz, guten Benehmens
14 und z.B. Tischsitten) ist von fundamentaler Bedeutung, dass ihre Erzieherinnen und Erzieher
15 im Vorschuljahr mit einem ordentlichen Lehrplan und mit Bildungszielen die pädagogische
16 Arbeit gestalten können. Das können unsere erfahrenen Erzieherinnen leisten. Ein maßvoller
17 Lehrplan ist in jedes Kita-Konzept integrierbar. Der Thüringer Bildungsplan bietet dafür die
18 Grundlage. Die Zusammenarbeit von Grundschule und Kita ermöglicht den Erfolg. Mit der
19 Ausgestaltung des letzten Kita-Jahrs als Vorschuljahr für alle unterstützen wir die kognitive
20 Entwicklung unserer Vorschulkinder nachhaltig und investieren somit als Gesellschaft in das
21 Wichtigste, das wir haben.

22 In Österreich und in Frankreich gibt es das Vorschuljahr bereits.

23

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 02

Antragsinhalt: Einführung einer Allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke (ABWS)

Antragsteller: **LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst;**
Dr. Thomas Nitzsche

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Deutsches Urheberrecht zukunftsfähig machen – Wissenschaftsschranke einführen

2 Die Freien Demokraten fordern den Bundesgesetzgeber auf, ein Gesetz über eine Allgemeine
3 Bildungs- und Wissenschaftsschranke (ABWS) zu erlassen, das eine pauschalierte Abführung
4 durch die Hochschulen an die Verwertungsgesellschaften vorsieht und auf den Drittanbie-
5 tervorbehalt verzichtet.

6

7 Begründung:

8

9 Wir Freie Demokraten wollen sicherstellen, dass die deutschen Hochschulen mit ihrer For-
10 schung und Lehre auch im digitalen Zeitalter weltweit auf exzellentem Niveau agieren kön-
11 nen.

12 Bei chronisch angespannten Hochschuletats wird die Versorgung mit elektronischen Medien
13 – deren Bedeutung bei kontinuierlich steigenden Preisen rapide wächst – zu einer enormen
14 Herausforderung. Die Sortierung des Anbietermarkts im Bereich eZeitschriften droht bereits
15 dazu zu führen, dass sich eine breit ausgewogene Medienversorgung nur noch wenige große
16 Universitäten leisten können.

17 Mit den Entwicklungen in der digitalen Medienversorgung an den Hochschulen hält das
18 deutsche Urheberrecht derzeit nicht Schritt. Für Print-Medien war der Spagat des Urheber-
19 rechts zwischen dem Leistungsschutz des Autors und dem Nutzungsanspruch der Systeme
20 Bildung und Wissenschaft zur Zufriedenheit aller gelöst (Kopier-Cent). Das Ausbleiben einer
21 vergleichbaren Lösung für elektronische Medien hat die Hochschulen bzw. Hochschulbiblio-
22 theken schon zweimal nahe an die Handlungsunfähigkeit geführt – zuerst Ende 2012, als die
23 große UrhG-Novelle nicht auf den Weg gebracht wurde, und erneut Ende 2016, als der Streit
24 mit der VG Wort um die Form der Vergütung eskalierte (Stichwort: elektronische Semester-
25 apparate).

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 02

Antragsinhalt: Einführung einer Allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke (ABWS)

Antragsteller: **LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst;**
Dr. Thomas Nietzsche

Der Landesparteitag möge beschließen:

26 Eine allgemeine Schranke für die Bereiche Bildung (Schule) und Wissenschaft (Hochschule)
27 wäre eine solche Lösung. Die Einschränkungen durch das Urheberrecht, und damit der
28 Schutz der Autorenrechte, blieben voll gewährleistet – inklusive der hierfür vorgesehenen
29 Vergütung. Anders als pauschaliert aber ist die Vergütung für die Hochschulen / Bibliotheken
30 administrativ nicht darstellbar, auch wenn die VG Wort auf eine Einzelabrechnung drängt.
31 Zugleich wäre im Rahmen von Forschung und Lehre der für die Systeme Schule und Hoch-
32 schule so wichtige ungehinderte Zugriff auf die Veröffentlichungen der Autoren gewährleis-
33 tet.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 03

Antragsinhalt: Personelle Eigenverantwortung für die Berufsbildenden Schulen!

Antragsteller: **LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst;
Reinhard Kitzig, Holger Joseph**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten Thüringen fordern die Landesregierung auf,
- 2 1. die unerträgliche Personalmisere an den Berufsbildenden Schulen zu beenden, indem die
- 3 notwendige Neueinstellung von fachlich gut ausgebildeten Lehramtsanwärtern für Berufs-
- 4 bildende Schulen unverzüglich in Angriff genommen und den Schulen mehr Eigenverant-
- 5 wortlichkeit zugestanden wird;
- 6 2. die vakanten Schulleiterstellen an den Berufsbildenden Schulen schnellstmöglich zu beset-
- 7 zen, damit dort wieder zu einem geordneten Schulbetrieb übergegangen werden kann;
- 8 3. die Förderung in der beruflichen Bildung nicht allein auf die schulische Unterstützung Be-
- 9 nachteiliger zu beschränken, sondern die Dualpartner (berufsbildende Schulen und Ausbil-
- 10 dungsbetriebe) auch in der Förderung berufsspezifischer Begabungen zu unterstützen.

11

12 Begründung:

13

14 **zu1.)**

15 Durch die Einstellung von fachlich und berufspädagogisch ungeeigneten Quer- bzw. Seiten-

16 einsteigern haben Ministerium und Schulämter die Personalsituation an den Berufsbilden-

17 den Schulen „verschlimmbessert“. Personalbedingte Unterrichtskürzungen werden in Kauf

18 genommen, zusätzlich kommt es zu unvorhersehbarem Unterrichtsausfall in Folge von

19 Krankheit und geplanten Qualifikationsmaßnahmen. Leidtragende sind in besonderem Maße

20 die Ausbildungsbetriebe, weil Ihre Auszubildenden prüfungsgefährdet sind. Im Gegenzug

21 werden gut ausgebildete Lehramtsanwärter für Berufsbildende Schulen nicht eingestellt und

22 verlassen Thüringen für immer. Das ist Sparsamkeit am falschen Fleck!

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 03

Antragsinhalt: Personelle Eigenverantwortung für die Berufsbildenden Schulen!

Antragsteller: **LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst;**
Reinhard Kitzig, Holger Joseph

Der Landesparteitag möge beschließen:

23 **zu 2.)**

24 An nicht wenigen Berufsbildenden Schulen ist seit mehr als vier Jahren die Schulleiterstelle
25 nicht besetzt worden. Aus Angst vor möglichen und langwierigen Konkurrentenklagen un-
26 ternimmt der Dienstherr, das Schulministerium, lieber gar nichts zur Beseitigung dieser Mi-
27 sere. Außerdem wird Geld gespart, indem das entsprechende Personal für seine verantwor-
28 tungsvolle Tätigkeit vollkommen unterbezahlt bleibt. Die Folgen sind unklare Leitungsstruk-
29 turen, die sich negativ auf das Kollegium und die inhaltliche Arbeit der gesamten Schule
30 auswirken. Den betreffenden Personen fehlt die Perspektive. Das führt zu „Dauerfrust“.
31 Auch das ist falsch verstandene Sparpolitik!

32 **zu 3.)**

33 Die Förderung berufsspezifischer Begabungen ist eine besonders notwendige Aufgabe der
34 Dualpartner, weil nur so hochqualifizierter Nachwuchs in Industrie und Handwerk den Weg
35 in verantwortungsvolle Tätigkeit finden kann. Das ist eine vordringliche Aufgabe zur Siche-
36 rung der Zukunft klein- und mittelständiger Unternehmen (KMU), denn auch dort werden
37 sich die Leitungsaufgaben zukünftig stark verändern. Als Beispiel können die Bemühungen
38 um eine verstärkte Einführung dualer Studiengänge dienen, also einer Facharbeiter- und
39 Gesellenausbildung, kombiniert mit einem (Fach-)Hochschulstudium. Von Seiten des Gesetz-
40 gebers wird Förderung momentan nur als eine schulische Unterstützung Benachteiligter ver-
41 standen, was nachweislich falsch und einseitig ist.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 04

Antragsinhalt: Die Berufsbildenden Schulen auf die digitale Zukunft vorbereiten!

Antragsteller: **LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst;
Reinhard Kitzig, Holger Joseph**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten Thüringen setzen sich dafür ein, dass digitale Bildung nicht nur an
2 allgemeinbildenden Schulen Einzug hält, sondern auch in der dualen Ausbildung deutlich
3 intensiver und umfangreicher gestaltet wird.

4

5 Begründung:

6

- 7 Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr digitale Bildung in der dualen Ausbildung ein. Die
8 vielfältigen Angebote lassen sich zielgenauer auf die komplexen Fertigkeiten der künftigen
9 Facharbeiter und Gesellen, sowie auf die erforderlichen Inhalte der Facharbeit im Beruf zu-
10 schneiden. Im Ergebnis können auch die Bedürfnisse der Ausbildungsbetriebe besser berück-
11 sichtigt werden. Auszubildende können zusätzliches Fachwissen und neue Techniken / Tech-
12 nologien erlernen und somit eine breitere Fähigkeits- und Fertigungsstruktur erwerben. Das
13 sorgt für besser ausgebildete Facharbeiter und Gesellen, sowie später der Handwerksmeis-
14 ter, und ist somit auch von großer Bedeutung für die Ausbildungsbetriebe im Handwerk!

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 05

Antragsinhalt: Freiheit und Eigenverantwortung für die Thüringer Schulen statt dirigistischer Gängelei

Antragsteller: **LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst;
Reinhard Kitzig**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Freien Demokraten Thüringen fordern, den Thüringer Schulen die notwendige Freiheit
2 und Eigenständigkeit bei der Gestaltung und Verwirklichung ihrer Schulentwicklung sowie
3 ihres Schulprofils zu geben. Freiheit statt Gängelei! Dazu muss die geplante Schulgesetzno-
4 velle entsprechend geändert werden, bevor sie Gesetzeskraft erlangt.

5 Um ein solches Vorhaben umzusetzen, ergeben sich folgende Teilforderungen:

6 - Den Thüringer Schulen soll durch eine Budgetierung mehr Freiheit bei der Auswahl ihres
7 Personals, ihrer pädagogischen Konzepte und eine begrenzte Selbstständigkeit bei den Sach-
8 kostenausgaben eingeräumt werden.

9 - Eine Aufgabenteilung von pädagogischer und wirtschaftlicher Arbeit in der Leitung durch
10 Einführung eines schulischen Geschäftsführers soll diese Eigenverantwortlichkeit an den
11 Schulen sichern.

12

13 Begründung:

14

15 Der Begriff „Eigenverantwortliche Schule“ ist in Thüringen nicht mehr auf der Tagesord-
16 nung! Während andere Bundesländer, z.B. Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden
17 Württemberg ihren Schulen mehr Eigenverantwortung, z.B. durch eine weitgehende Budge-
18 tierung einräumen, ticken die Thüringer Uhren auf diesem Gebiet in Richtung dirigistischer
19 Regulierungswut. Durch zunehmende gesetzliche Einschränkungen, die den Schulen immer
20 mehr gestalterische Bandagen anlegen, werden sie schwerfällig gemacht, was im Wettbe-
21 werb mit Schulen in freier Trägerschaft von großem Nachteil ist.

22 Die Lösungen der Zukunft liegen aber nicht in einer zu 100% durchgeregelten Schule, son-
23 dern in einer eigenverantwortlichen Selbstbestimmung der Schulen, die ihnen ausreichend

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 05

Antragsinhalt: Freiheit und Eigenverantwortung für die Thüringer Schulen statt dirigistischer Gängelei

Antragsteller: **LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst;
Reinhard Kitzig**

Der Landesparteitag möge beschließen:

24 Freiheit lässt. Die Auswirkungen der jetzigen Schulpolitik werden in einigen Jahren in negati-
25 ver Hinsicht zu erkennen sein. Dann sind die heutigen Politiker nicht mehr im Amt und ande-
26 re werden sich mit diesen Defiziten befassen müssen. Allerdings ist dann viel sinnlose Zeit
27 verstrichen und der Rückstand zu anderen Bundesländern kaum aufholbar.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 06

Antragsinhalt: Regionalkreis in der Thüringer Kommunalordnung verankern –
Kommunale Vielfalt stärken und ausbauen

Antragsteller: **Kreisverband Jena-Saale-Holzland**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Freien Demokraten Thüringen fordern den Landesgesetzgeber auf, nach dem Vorbild des
2 niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes den Regionalkreis als einen Kommunal-
3 verband der besonderen Art in der ThürKO zu verankern, um damit eine neue Form der Zu-
4 sammenarbeit zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten rechtlich zu ermöglichen, sowie
5 die kommunale Vielfalt in Thüringen zu stärken und auszubauen.

6 Insbesondere die Rechtsstellung der Landeshauptstadt Hannover bzw. der Stadt Göttingen
7 als regions- bzw. kreisangehörige Städte, die gleichwohl als kreisfrei behandelt werden, soll
8 analog auch den bisher kreisfreien Städten in Thüringen ermöglicht werden. Wenn vor Ort
9 so gewollt, kann dann trotz des Zusammenschlusses zu einem gemeinsamen Regionalkreis
10 der Status der Kreisfreiheit für die Stadt innerhalb des Landkreises erhalten bleiben.

11

12 Begründung:

13

14 Der hier für die Übernahme in die ThürKO vorgeschlagene Rechtsgedanke findet sich im We-
15 sentlichen in den §§ 14-16 NKomVG. Die Freien Demokraten Thüringen befürworten diesem
16 Kommunalmodell folgend die mögliche Weiterentwicklung von Regionalkreisen unter dem
17 Grundsatz der Freiwilligkeit. Wo über Jahrzehnte gewachsene Verflechtungen in Gesell-
18 schaft, Wirtschaft und Kultur die Verwaltungsgrenzen schon heute überschreiten, können im
19 Sinne einer gemeinsamen Regional- und Strukturentwicklung im nächsten Schritt, freiwillig
20 und von beiden Seiten gewollt, auch die Verwaltungsstrukturen stärker gebündelt und effizi-
21 enter ausgerichtet werden. Das wäre das exakte Gegenteil des aktuellen Versuchs, eine Re-
22 form zwangsbewährt mit den Gebietszuschnitten zu beginnen, statt zuerst die Aufgaben und
23 Funktionen von Verwaltung zu hinterfragen.

24 Der liberale Gestaltungsanspruch ist vom Leitgedanken getragen, mit den Menschen etwas
25 Gemeinsames zu entwickeln und nicht gegen sie. Die Freien Demokraten Thüringen haben in
26 ihrem Grundsatzbeschluss „*Kommunale Freiheit stärken. Digitalisierung nutzen. Verwaltung*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 06

Antragsinhalt: Regionalkreis in der Thüringer Kommunalordnung verankern –
Kommunale Vielfalt stärken und ausbauen

Antragsteller: **Kreisverband Jena-Saale-Holzland**

Der Landesparteitag möge beschließen:

27 *straffen.*“ bereits im Frühjahr 2016 die Leitlinien für eine freidemokratische Kommunal- und
28 Verwaltungsreform beschlossen. Darin haben wir uns dazu bekannt, dass Effizienz in der
29 Verwaltung und bürgernahe Strukturen mit selbstbestimmten Entscheidungsrechten bei den
30 Städten und Gemeinden vor Ort kein Widerspruch sind, sondern beides zugleich unsere Prio-
31 rität.

32 Thüringens Stärke ist die Vielfalt seiner kommunalen Strukturen. Aufbauend auf unserem
33 Grundsatzbeschluss von 2016 wollen wir mit diesem Antrag eine neue Form der kommunalen
34 Zusammenarbeit in Thüringen zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten ermöglichen,
35 um gemeinsam gewachsenen Strukturen im Regionalgedanken moderner Stadt-Land-
36 Beziehungen zukunftsorientiert Rechnung zu tragen.

37 Ziele einer liberalen Funktional- und Verwaltungsreform sind und bleiben eine gemeinsame
38 Regional- und Strukturentwicklung, die Verwirklichung einer digitalen Verwaltungsoffensive
39 und die Optimierung von Verwaltungseffizienz. Zwangsfusionen mit dem Verlust der Selbst-
40 verwaltung für die betroffenen Gemeinden lehnen wir ab. Wir wollen eine Lösung herbei-
41 führen, die über Freiwilligkeit zum Gesetz führt, anstatt per Gesetz kommunale Gebiete
42 durch Zwang neu zu gliedern.

43 *Weitere Begründung erfolgt mündlich*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 07

Antragsinhalt: Tourismusabgabe - Kommunen nicht zu weiteren Abgaben zwingen

Antragsteller: **Thomas L. Kemmerich, Tim Wagner, Robert-Martin Montag**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP Thüringen ist entschiedener Gegner des Vorhabens der Landesregierung, die Hürden
2 der Kommunen für eine Tourismusabgabe abzusenken. Statt den Kommunen weiter
3 Zwangsmittel an die Hand zu geben, ihre Wirtschaft auszupressen, sollte die Landesregie-
4 rung eher für eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen eintreten.

5

6 Begründung:

7

8 Bisher muss laut Thüringer Kommunalabgabengesetz die Zahl der Übernachtungen sieben
9 Mal so hoch sein wie die Einwohnerzahl, damit Kommunen Betriebe mit einer Tourismusab-
10 gabe belasten dürfen, die mit Touristen ihr Geld verdienen. Bereits jetzt bitten schon mehr
11 als 20 Kommunen Tourismusbetriebe mit einer Sonderabgabe zur Kasse. Restaurants oder
12 Hotels zahlen ebenfalls bereits wie alle Gewerbebetriebe Gewerbesteuer. In einigen Städten
13 müssen Hotels eine sogenannte Bettensteuer von ihren Gästen kassieren.

14

15 *Weitere Begründung erfolgt mündlich*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18 März 2017 in Schmalkalden**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 08

Antragsinhalt: Trauen wir Jugendlichen endlich mehr Verantwortung zu –
Wählen ab 16 Jahren ermöglichen!

Antragsteller: **Jungen Liberalen (JuLis) Thüringen e.V .**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Freien Demokraten Thüringen sprechen sich dafür aus, das Mindestalter für das aktive
2 Wahlrecht bei der Wahl des Thüringer Landtags, analog zum Thüringer Kommunalwahlrecht,
3 auf 16 Jahre anzupassen. Das passive Wahlrecht soll unverändert erst nach Vollendung des
4 18. Lebensjahres beibehalten werden.

5

6 Begründung:

7

8 Liberale jeden Alters bringen Menschen zuallererst Vertrauen und Zutrauen anstatt Miss-
9 trauen entgegen und wollen gesellschaftliche und politische Teilhabe fördern. In einer dies-
10 jährigen Studie des Deutschen Kinderhilfswerks sprachen sich 84% der FDP-Anhänger dafür
11 aus, dass sie Kindern und Jugendlichen zutrauen, selbst und eigenständig Verantwortung zu
12 übernehmen.

13 Dies sollte auch unser Anspruch sein. Wir müssen Jugendlichen die höchstmögliche politi-
14 sche Teilhabe ermöglichen. Junge Menschen treffen bereits mit 16 Jahren wichtige zukunfts-
15 relevante Lebensentscheidungen – etwa bei der Wahl einer Berufsausbildung oder bei der
16 Wahl der Fächer mit erhöhtem Anforderungsniveau für die allgemeine Hochschulreife. Viele
17 von ihnen zahlen bereits Steuern, engagieren sich in gesellschaftlichen Ehrenämtern oder
18 nehmen in privaten Lebensbereichen Verantwortung wahr. Die aktuelle „Shell Jugendstudie“
19 und eine Studie der „Bertelsmann Stiftung“ zur Wahlforschung kommen übereinstimmend
20 zu dem Ergebnis, dass eine frühe Auseinandersetzung mit der persönlichen Wahlentschei-
21 dung die Identifikation mit der Demokratie stärkt, die politische Bildung erhöht und das Inte-
22 resse an politischen Prozessen fördert. Neben Pflichten genießen junge Menschen ab 16
23 Jahren auch bestimmte Rechte. Das aktive Wahlrecht bei der Wahl des Thüringer Landtags
24 sollte wie bei Thüringer Kommunalwahlen dazugehören.

25 *Weitere Begründung erfolgt mündlich.*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 09

Antragsinhalt: Neuregelung der Entscheidungen über die Vergütung von Vorständen

Antragsteller: **Thomas L. Kemmerich, Tim Wagner, Robert-Martin Montag**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP Thüringen setzt sich für eine Neuregelung der Entscheidungen über die Vergütung
2 von Vorständen ein. Die Eigentümer sollen dabei deutlich gestärkt und die Entscheidung
3 über die Höhe von Vorstandsvergütungen in die Hände der Hauptversammlung gelegt wer-
4 den. Hier können Groß- und Kleinaktionäre (die Eigentümer des Unternehmens) entschei-
5 den, welche Gehälter sie für ihre leitenden Angestellten als angemessen erachten.

6

7 Begründung:

8

9 Statt wie jetzt üblich in Hinterzimmerklüngelei zwischen Gewerkschaften und wenigen Ver-
10 tretern der Aktionäre, werden die Vorstandsvergütungen dann transparent in der Hauptver-
11 sammlung diskutiert. So wie in jedem Inhabergeführten Unternehmen entscheiden somit
12 Eigentümer, was Ihnen die Führungskräfte Ihres Unternehmens wert sind.

13

14 *Weitere Begründung erfolgt mündlich*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 10

Antragsinhalt: Gleichbehandlung von Eigenkapital bei der Finanzierung von Forschung und Entwicklung

Antragsteller: **Thomas L. Kemmerich, Tim Wagner, Robert-Martin Montag**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP Thüringen setzt sich für die Gleichbehandlung von Eigenkapital bei der Finanzierung
2 von Forschung und Entwicklung in Unternehmen ein. Eine solche Gleichstellung soll umge-
3 setzt werden, in dem ein kalkulatorischer Zins auf das bestehende Eigenkapital steuerlich
4 abzugsfähig wird. Damit werden (ähnlich wie jetzt die Zinsen auf Fremdkapital) kalkulatori-
5 sche Zinsen von der steuerlichen Bemessungsgrundlage abgezogen.

6

7 Begründung:

8

9 Um Innovationen voranzutreiben sowie Forschungs- und Entwicklungsbemühungen von Un-
10 ternehmen zu unterstützen, ist die Gleichstellung von Fremd- und Eigenkapital eine wichtige
11 Voraussetzung. Noch immer wird Eigenkapital steuerlich schlechter gestellt als Fremdkapital.
12 Letzteres sind Schulden, Verbindlichkeiten und Rückstellungen eines Unternehmens. Doch
13 Forschungs- und Entwicklungsvorhaben werden üblicherweise durch Eigenkapital finanziert.

14 Eine Gleichstellung von Eigen- und Fremdkapital schützt vor den üblichen „Mitnahmeeffek-
15 ten“. Darüber hinaus könnte sich die Politik teure Einzelförderungen sparen.

16

17 *Weitere Begründung erfolgt mündlich*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 11

Antragsinhalt: Südthüringen besser an das Fernverkehrsnetz anbinden

Antragsteller: **Gerald Ullrich, Thomas L. Kemmerich, Tim Wagner**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP Thüringen fordert die Landesregierung auf, über die Nahverkehrservicegesellschaft
2 Thüringen (NVS) dazu beizutragen, Südthüringen besser an Schienenfernverkehr anzubin-
3 den.

4 Dazu zählt in erster Linie effektivere Anbindung Südthüringens an den Knotenpunkt Erfurt.
5 Aber auch die Verbindungen nach Eisenach, Würzburg, Bamberg oder Coburg müssen im
6 Fokus bleiben, damit die Region an Attraktivität für Geschäfts- und Privatreisende gewinnt
7 und somit weiter entwickelt werden kann.

8

9 Begründung:

10

11 Der Freistaat Thüringen ist mit 90 Prozent und der Thüringer Landkreistag mit zehn Prozent
12 an der NVS beteiligt. Sie ist für Planung, Vertrags- und Qualitätscontrolling, Infrastrukturpla-
13 nung und Marketing im Thüringer Schienenpersonennahverkehr verantwortlich.

14 Zwischen Erfurt und Schmalkalden werden die neuen Express-Angebote ihren erhofften
15 Zweck, die Hochschulstadt Schmalkalden besser an die ICE anzubinden, nicht ausreichend
16 gerecht. Die durchgehenden Expresslinien mit Ankunftszeiten zur Minute 45 in Erfurt für die
17 ICE-Zügen, die dort um die Minute 30 starten sollen bedeuten für die Reisenden einen Auf-
18 enthalt von 45 Minuten. Dieser Zeitverlust ist zu groß, als dass er durch die Geschwindigkeit
19 der Weiterfahrt wieder realisiert werden kann.

20 Da die Fahrzeiten zwischen Meiningen und Eisfeld über 50 Minuten betragen, bleiben die
21 Fahrzeiten aus dem Landkreis Hildburghausen und Schmalkalden-Meiningen Richtung
22 Coburg/Bamberg hinter den Erwartungen der Reisenden zurück.

23

24 *Weitere Begründung erfolgt mündlich*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 12

Antragsinhalt: Sicherung des Rennsteig-Shuttles als wichtiger Baustein der Tourismusentwicklung

Antragsteller: **Gerald Ullrich, Thomas L. Kemmerich, Tim Wagner**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen setzt sich für den Erhalt der bestehenden Angebote des Rennsteig-
2 Shuttles an Wochenenden und Feiertagen auch über 2017 hinaus ein. Die FDP Thüringen
3 fordert auch die Landesregierung zu einem entsprechenden Bekenntnis auf.

4

5 Begründung:

6

- 7 Das Rennsteig-Shuttle ist für die Weiterentwicklung des Tourismus im Thüringer Wald ein
8 wichtiger Baustein und für das Handlungsfeld ‚Infrastruktur & Mobilität‘ im Projekt Zukunft
9 Thüringer Wald unverzichtbar.

10

11 *Weitere Begründung erfolgt mündlich*

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 1 von 3

ANTRAG-NR. 13

Antragsinhalt: Freidemokratische Grundsätze zur Gleichstellung von Menschen mit verschiedenen sexuellen Identitäten

Antragsteller: LFA IX „Gleichstellung und Vielfalt“, Jan Siegemund, Jutta Czifrik, Stefanie Hantke, Jürgen Meyer

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Zur Erreichung einer kompletten rechtlichen Gleichstellung von Menschen mit verschiede-
2 nen sexuellen Identitäten sprechen sich die Freien Demokraten Thüringen für folgende
3 Maßnahmen aus:

4 1. Verankerung des Verbots der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität in Ar-
5 tikel 3 des Grundgesetzes.

6 2. Die Öffnung des Instituts der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Bestehende Leben-
7 spartnerschaften sollen in eine Ehe überführt werden können.

8 3. Die Gewährung des gemeinsamen Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Partner-
9 schaften.

10 4. Aufhebung der bestehenden gesetzlichen Regelungen, nach denen homo- und bise-
11 sexuelle Männer grundsätzlich als Blutspender ausgeschlossen sind.

12 5. Rehabilitation und angemessene Entschädigung für Männer, die nach 1945 nach den
13 bis 1994 bzw. 1988 geltenden Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches und 151 des
14 DDR-Strafgesetzbuches verurteilt wurden. Dabei soll für die Betroffenen als Alterna-
15 tive zu der derzeit geplanten pauschalen Einmalzahlung auch eine Rente nach dem
16 Vorbild der SED-Opfer ermöglicht werden.

17

18 Begründung:

19

20 **1.** Die bestehende Form des Art. 3 Abs. 3 unseres Grundgesetzes schützt zwar vor Benachtei-
21 ligung wegen verschiedener Persönlichkeitsmerkmale, die sexuelle Identität wird hierbei
22 jedoch bislang ausgeklammert. Dieser Zustand lässt dem Gesetzgeber einen größeren Spiel-
23 raum für die Ungleichbehandlung aufgrund der sexuellen Identität, als es mit einem aus-
24 drücklichen Diskriminierungsverbot der Fall wäre. Außerdem ist die symbolische Wirkung,
25 die eine Aufnahme der sexuellen Identität in den Verfassungskatalog der vor Diskriminierung

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 2 von 3

ANTRAG-NR. 13

Antragsinhalt: Freidemokratische Grundsätze zur Gleichstellung von Menschen mit verschiedenen sexuellen Identitäten

Antragsteller: LFA IX „Gleichstellung und Vielfalt“, Jan Siegemund, Jutta Czifrik, Stefanie Hantke, Jürgen Meyer

Der Landesparteitag möge beschließen:

26 schützenswerten Persönlichkeitsmerkmale, etwa nach Vorbild des Art. 2 Abs. 3 der Verfas-
27 sung des Freistaats Thüringen, auf die Erhöhung der Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt
28 hätte, zu beachten.

29 **2.** Für uns Freie Demokraten entsteht eine Ehe vordergründig aus zwei Menschen, die sich
30 dazu entscheiden, Verantwortung füreinander zu übernehmen. Das Geschlecht sollte dabei
31 in einer freien und vielfältigen Gesellschaft genauso wenig eine Rolle spielen wie andere
32 äußere Persönlichkeitsmerkmale. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften haben die gleichen
33 Pflichten wie Ehen zwischen Mann und Frau, also sollten sie auch die gleichen Rechte genie-
34 ßen. Recht muss für alle gleichermaßen gelten – eine „Ehe light“ wie die Eingetragene Le-
35 benspartnerschaft reicht nicht aus.

36 **3.** Nach wie vor ist es in Deutschland gleichgeschlechtlichen Partnerschaften rechtlich un-
37 möglich, gemeinsam ein Kind zu adoptieren. Lediglich eine Sukzessivadoption des Kindes des
38 Lebenspartners bzw. der Lebenspartnerin ist möglich. Liebe und Kinderwunsch sind die per-
39 sönlichsten Entscheidungen im Leben von Menschen. Der Staat sollte sich aus diesen inti-
40 men Angelegenheiten heraushalten und freie Entscheidungen ermöglichen, sofern sie
41 ethisch vertretbar sind.

42 **4.** Homo- und bisexuelle Männer dürfen in Deutschland noch immer kein Blut spenden. Die-
43 se Regelung negiert die Realität, dass viele gleichgeschlechtliche Partnerschaften vertrau-
44 ensvoll und monogam gelebt werden. Für uns Freie Demokraten ist es keinesfalls vertretbar,
45 Menschen mit einer bestimmten sexuellen Orientierung pauschal ein sexuelles Risikoverhal-
46 ten zuzuordnen.

47 Die Unterstellung eines exzessiven und riskanten Lebensstils für homo- und bisexuelle Män-
48 ner ist nicht nur diskriminierend, sondern auch unbegründet: Jede Blutspende wird unab-
49 hängig vom Spender mehrfach mittels modernster Untersuchungstechniken auf etwaige
50 Infektionen untersucht. Seit Jahren gibt es immer wieder Engpässe bei Blutkonserven. Ein
51 Ausschluss einer Gruppe von Menschen aus dem Kreis der Spender schadet dadurch letzt-
52 endlich denjenigen Menschen, deren Leben von einer Blutspende abhängen kann.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**31. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 18. März 2017 in Schmalkalden**

Seite 3 von 3

ANTRAG-NR. 13

Antragsinhalt: Freidemokratische Grundsätze zur Gleichstellung von Menschen mit verschiedenen sexuellen Identitäten

Antragsteller: LFA IX „Gleichstellung und Vielfalt“, Jan Siegemund, Jutta Czifrik, Stefanie Hantke, Jürgen Meyer

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 53 **5.** 1872 wurde die Diskriminierung homosexueller Männer im Strafgesetzbuch festgeschrie-
54 ben. Der Paragraf 175 überlebte daraufhin in verschiedenen Abwandlungen das Deutsche
55 Kaiserreich und die Weimarer Republik, wurde während der Nazi-Diktatur massiv verschärft
56 und fand auch in der Bundesrepublik Deutschland sowie als Paragraf 151 in der Deutschen
57 Demokratischen Republik jahrzehntelang Anwendung. Bis heute ist den Opfern dieser dis-
58 kriminierenden Gesetzeslage weder Rehabilitation noch Entschädigung gewährt worden.
- 59 Der entsprechende Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums vom Dezember 2016
60 sieht eine Aufhebung der Urteile sowie eine finanzielle Entschädigung als einmalige Leistung
61 für Haftstrafen vor. Dieses geplante Angebot einer geringen Einmalentschädigung für die
62 erlittenen Haftjahre und die nachträgliche gesellschaftliche Stigmatisierung ist zu gering. Die
63 Betroffenen sollten deshalb zumindest die Wahl haben, alternativ eine Rente nach dem Vor-
64 bild der SED-Opfer-Pension zu erhalten.
- 65 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen: